

Wissenschaftsfreiheit in Gefahr: Stimmen Sie für den Schutz der Forschung!



Am 12. Februar 2025 meldet die Universität Greifswald, dass die Wissenschaftsfreiheit als ein zentraler Wert der Demokratie und ihr Schutz durch Artikel 5, Absatz 3 des Grundgesetzes, besonders in der aktuellen politischen Landschaft verteidigt werden muss. Eingriffe in akademische Strukturen und Forschung schädigen nicht nur die wissenschaftlichen Institutionen, sondern auch die gesamtgesellschaftliche Ordnung. Im Hinblick auf den bevorstehenden bundespolitischen Wahlkampf sind wachsende Tendenzen zu beobachten, die den freien Zugang zur Forschung und Lehre gefährden.

Das Vertrauen in die Wissenschaft ist entscheidend, um die Unabhängigkeit der Forschung zu gewährleisten. Misskreditierungsversuche ganzer Wissenschaftsdisziplinen werden von der Universität Greifswald scharf kritisiert. Konstruktive Kritik sowie offene Diskussionen gelten als

unerlässlich für den wissenschaftlichen Fortschritt und die Aufrechterhaltung einer pluralistischen Gesellschaft. Solche Diskreditierungsversuche, insbesondere gegen Bereiche wie die Gender Studies, sind nicht nur antidemokratisch, sondern auch verfassungswidrig.

Herausforderungen der Wissenschaftsfreiheit

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach ergibt, dass 93% der befragten Hochschullehrer:innen in Deutschland der Meinung sind, dass die Wissenschaftsfreiheit in ihrem Land hoch ist. Trotzdem stellen 75% der Befragten eine fehlende Müße als erhebliches Hindernis im Forschungsalltag dar. Weitere Hemmnisse umfassen einen zu hohen Publikationsdruck (68%) und Einflussnahmen von Hochschulleitungen (36%). Ein klarer Handlungsbedarf ist erkennbar, um die Bedingungen für Forschung zu verbessern.

Die Debatte über "Political Correctness" und "Cancel Culture" stellt die Wissenschaftsfreiheit auf eine harte Probe. Der Academic Freedom Index zeigt jedoch, dass es in Deutschland, Europa und Nordamerika keine signifikanten Einschränkungen der Wissenschaftsfreiheit gibt. Dennoch bleibt das Thema hochumstritten, was die Gründung eines "Netzwerks Wissenschaftsfreiheit" zur Verteidigung dieser Werte erklärt.

Politische Verantwortung und gesellschaftliche Debatte

Zentrale Akteure der Hochschulpolitik äußern sich immer wieder zur Bedeutung der Wissenschaftsfreiheit. Dazu zählen der Bundespräsident, die Ministerin für Bildung und Forschung sowie verschiedene Wissenschaftsorganisationen. Das öffentliche Interesse an der Debatte nimmt zu, auch wenn die faktischen Gefahren durch Ökonomisierung und Bürokratisierung nicht zu ignorieren sind.

Die Wissenschaftsfreiheit, die im Grundgesetz verankert ist, wird als nicht nur defensives, sondern auch konstitutives Individualrecht ohne Gesetzesvorbehalt angesehen. Einschränkungen sind nur in Kollision mit gleichwertigen Rechtsgütern möglich. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass auch Mindermeinungen und unkonventionelle Hypothesen unter den Schutz der Wissenschaftsfreiheit fallen müssen. Die Verantwortung, die Wissenschaftsfreiheit zu erhalten, obliegt den Wissenschaftler:innen selbst.

In diesem Kontext wird auch die Diskussion um rassistische, sexistische und andere gruppenfeindliche Äußerungen an Universitäten immer relevanter. Die Wissenschaftsfreiheit wird zum Spiegel gesellschaftlicher Diskurse und Herausforderungen, und ihr Erhalt ist entscheidend für die Zukunft der Demokratie in Deutschland. Ansprechpartner an der Universität Greifswald für weitere Informationen ist Jan Meßerschmidt, erreichbar unter pressestelle@uni-greifswald.de.

Für detaillierte Informationen zu den aktuellen Herausforderungen und der wissenschaftlichen Auseinandersetzung in diesem Zusammenhang, sind die Dokumente des Bundestages und die tiefgehende Analyse der **Bundeszentrale für Politische Bildung** von Bedeutung.

Statistische Auswertung

Ort: Berlin, Deutschland

Beste Referenz: [berlin.de](https://www.berlin.de)

Weitere Infos: [gebaeudegruen.info](https://www.gebaeudegruen.info)

Zum Originalartikel auf [News-ag.com](https://www.news-ag.com)